

## 2069/J XXV. GP

---

Eingelangt am 09.07.2014

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

# Anfrage

der Abgeordneten Bruno Rossmann, Freundinnen und Freunde an die  
Bundesministerin für Bildung und Frauen

betreffend Finanzbildungsaktivitäten an Schulen

## **BEGRÜNDUNG**

Im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung für die Jahre 2013-2018 wird im Bereich „Leistbares Leben“ unter anderem folgendes festgehalten:

### **Leistbares Leben**

Die Lebenshaltungskosten sind in Österreich in den vergangenen Jahren – gerade durch die internationalen Entwicklungen – merklich gestiegen. Es braucht Lösungen, um diese Entwicklungen abzumildern und das Leben für die Menschen wieder leistbarer zu machen. Durch das vorliegende Paket soll der Alltag für die ÖsterreicherInnen spürbar günstiger werden.

### **Ziel: Prävention und Schuldeneindämmung**

#### **Maßnahmen**

- Verbraucherbildung vor allem im Bereich Finanzen – insbesondere bei Jugendlichen – verstärken und ausbauen;

Im Bereich Finanzen soll folglich ein Fokus auf VerbraucherInnenbildung gelegt werden – insbesondere bei Jugendlichen.

Das BMUKK hat das Thema der Finanzbildung bereits im Jahr 2006 aufgegriffen und damit österreichischen Schülerinnen und Schülern den Zugang zu wichtigem Finanzwissen ermöglicht. Die inzwischen auch international verbreitete Initiative „€FDL Finanzführerschein“ (Euro Finance Driving Licence) stand den Schulen infolge einer Förderung durch das BMUKK über viele Jahre kostenlos zur Verfügung. Spätestens seit dem Beitrag „Finanzbildung“ im Magazin „€CO“ des ORF am 12.06.2014 wurde öffentlich bekannt, dass die Förderung dieses Finanzbildungsprojektes für Schulen eingestellt wurde.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE**

- 1) Ist Ihnen der im Magazin „€CO“ des ORF vom 12.06.2014 berichtete Wegfall des kostenlosen Zugangs von SchülerInnen zur Finanzbildungsinitiative „Finanzführerschein“ bekannt gewesen?
- 2) Wurden Sie zu einer Stellungnahme eingeladen und haben Sie eine solche abgegeben?
- 3) Wenn ja, welchen Inhalt hatte diese Stellungnahme?
- 4) Wenn nein, wie beurteilen Sie den Wegfall des kostenlosen Zugangs von SchülerInnen zur Finanzbildungsinitiative „Finanzführerschein“?
- 5) Wie erklären Sie die Diskrepanz zwischen der im Arbeitsprogramm der Bundesregierung geforderten Finanzbildungsmaßnahmen für Jugendliche einerseits und der Einstellung der Förderung eines jahrelangen bewährten Finanzbildungsprojekts an Schulen andererseits?
- 6) Wurde mit dieser Vorgehensweise die von Ihrer Vorgängerin publizierte Ankündigung, dass das BMUKK die kostenlose Nutzung des finanzwirtschaftlichen Bildungsportals an Österreichs Schulen ermöglicht, offiziell widerrufen?
- 7) Gab es – von allgemeinen Sparvorgaben abgesehen – einen nachvollziehbaren sachlichen Grund, die Förderung des genannten Finanzbildungsprojektes an österreichischen Schulen einzustellen?
- 8) Ist es zutreffend, dass das Ausmaß der früheren Förderungen durch das BMUKK lediglich einen moderaten Betrag (dem Vernehmen nach 60.000 Euro pro Jahr) ausmachte?
- 9) Wie hoch war die Förderung durch das BMUKK für den Finanzführerschein in den Jahren 2006 bis 2012 (bitte um jährliche Aufstellung)?
- 10) Ist der Wegfall des kostenlosen Zuganges von SchülerInnen zu Finanzwissen nur eine temporäre Beeinträchtigung der Finanzbildungsaktivitäten und wird es zu einer Wiederaufnahme der Förderung kommen?

- 11) Wenn ja, ab wann werden SchülerInnen wieder kostenlosen Zugang zur Finanzbildung und zum Finanzführerschein erhalten?
- 12) Hat sich das BMUKK eine Option auf die spätere Fortführung der genannten Finanzbildungsaktivitäten gesichert?
- 13) Wird das Thema der Finanzbildung Bestandteil der Bemühungen um einen verbesserten Zugang zu elektronischen Medien für Schulen und SchülerInnen sein?